

01. September 1939- Vor 80 Jahren begann der Zweite Weltkrieg mit dem Einmarsch der faschistischen Truppen in Polen.

13. September 1969- Vor 50 Jahren nahm die Deutsche Liga für die Vereinten Nationen (DDR) erstmals als gleichberechtigtes Mitglied an der 22. Plenarversammlung der Weltföderation für die Vereinten Nationen teil.

Linkes Blatt **DIE LINKE.**

Für Halle und den
Saalekreis

9. Ausgabe / 29. Jahrgang

10. September 2019

Einberufungsbeschluss (Beschluss vom 04.09.2019)

**Der Stadtvorstand beruft für den 23.11.2019
eine Gesamtmgliederversammlung des Stadtverbandes
DIE LINKE. Halle (Saale) in die Saline,
Mansfelder Straße 52, 06108 Halle (Saale), ein.**

Die Tagesordnung der Versammlung wird beinhalten:

- * Wahlen des Stadtvorstandes**
- * Wahlen der Finanzrevisionskommission**
- * Wahlen der Delegierten für die Jahre 2020 / 2021 zu den Bundesparteitagen**
- * Wahlen der Mitglieder des Landesausschusses**
- * Berichte des Stadtvorstandes, der Stadtratsfraktion, der Finanzrevisionskommission;**
- * Aussprache und Beschlussfassung**

Einladung und Mitwirkung der linksjugend und des Studierendenverbandes erfolgen gemäß Landessatzung.

DIE LINKE.
Stadtverband Halle (Saale)

„Nach den Wahlen in Sachsen und Brandenburg: Der Widerstand gegen die AfD geht weiter“

Pressemitteilung des bundesweiten Bündnisses „Aufstehen gegen Rassismus“ zum Ergebnis der Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen

Das Ergebnis der Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg ist erschreckend.

„Wir erleben eine Verfestigung der Wähler*innenschaft der AfD. So geben 70 % der Befragten in Sachsen an, die AfD nicht aus Protest, sondern wegen ihrer Programmatik zu wählen.“ Erklärt Irmgard Wurdack, Geschäftsführerin des bundesweiten Bündnisses „Aufstehen gegen Rassismus“. Irmgard Wurdack weiter: „Gleichzeitig bedanken wir uns bei den vielen Menschen in beiden Bundesländern, die mit ihren zahlreichen Protesten gegen Veranstaltungen der AfD und bei #unteilbar in Dresden dazu beigetragen haben, dass die AfD keine Chance auf Regierungsbeteiligung hat. Das ist ein wichtiger Erfolg. Wir dürfen nicht nachlassen und laden alle ein, sich an weiteren Protestaktionen zu beteiligen.“

Die AfD ist ein Sammelbecken für extreme Rechte aller Schattierungen. Es ist bekannt, dass prominente Mitglieder der Partei der offen faschistischen Szene entstammen. Der „Flügel“ der AfD praktiziert den Schulterchluss mit militanten Straßenbewegungen. Nach Angaben des AfD-Bundestagsabgeordneten Jens Maier ist diese Parteigruppierung, zu der auch Sachsens Spitzenkandidat Urban gehört, in Sachsen besonders stark und repräsentiert dort ca. 70 % der AfD-Anhänger*innen. In Brandenburg ist Andreas Kalbitz führendes Mitglied des „Flügels“, neben Björn Höcke gehört er zu den treibenden Kräften der unaufhaltsamen Entwicklung der Partei zu einer faschistischen Sammlungsbewegung.

Das Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“ beobachtet seit Monaten, wie insbesondere die Union die Zusammenarbeit mit der AfD in der Lokalpolitik immer wieder pflegt. Wo CDU und AfD kooperieren und beispielsweise die Besetzung von Ausschüssen gemeinsam organisieren, bangen Institutionen, die sich der Förderung einer lebendigen, demokratischen Zivilgesellschaft widmen, um ihre Finanzierung. „Es gilt die sächsische Zivilgesellschaft in ihrem Einsatz für Demokratie und Menschenrechte zu unterstützen und nicht, sie dabei, wie zuletzt immer öfter geschehen, zu behindern oder gar anzugreifen“, meint Gabi Engelhardt, Vertreterin der „Aufstehen gegen Rassismus“-Regionalgruppe in Chemnitz: „Für uns beginnt heute das Programm ‚AfD zurückdrängen‘.“

Im Vorfeld der Wahlen haben unzählige Menschen in Brandenburg und Sachsen die Gefahr erkannt, die von der AfD ausgeht, und sich an der großen Demonstration #unteilbar in Dresden und der Konzert-Tour „WannWennNichtJetzt“ in beiden Bundesländern engagiert.

Ein wichtiger Teil der Kampagne von „Aufstehen gegen Rassismus“ ist die politische Bildungsarbeit. Bei „Stammtischkämpfer*innen-Seminaren“ des Bündnisses haben sich inzwischen weit über 12.000 Menschen im gesamten Bundesgebiet dazu befähigt, sich rechter Propaganda entgegenzustellen und rassistischen Parolen zu widersprechen. Das Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“ wird seine Arbeit in den kommenden Monaten nochmals verstärken, Aktive in Thüringen im Hinblick auf die bevorstehende Landtagswahl unterstützen und die „Stammtischkämpfer*innen-Seminare“ ausweiten. Dabei soll die Arbeit mit Gewerkschaften, in Schulen und Hochschulen vertieft und die Vernetzung von Akteur*innen in den verschiedenen Bereichen intensiviert werden. Dazu gehören aus Sicht des Bündnisses insbesondere von Rassismus Betroffene und andere von der AfD angegriffene Gruppen und Initiativen, die den Schutz aller demokratischen Kräfte brauchen.

Alle Antirassist*innen und Antifaschist*innen sind herzlich eingeladen, sich „Aufstehen gegen Rassismus“ anzuschließen und beim Regionaltreffen von AgR Sachsen am 21. September in Chemnitz die nächsten Schritte der Kampagne zu besprechen.

Kontakt für Rückfragen:

- Irmgard Wurdack, Geschäftsführerin des bundesweiten Bündnisses „Aufstehen gegen Rassismus“ (Mail: info@aufstehen-gegen-rassismus.de; Tel.: 0159 / 06 21 59 56)
- Gabi Engelhardt, Vertreterin der „Aufstehen gegen Rassismus“-Regionalgruppe Chemnitz (Mail: aufstehen-gegen-rassismus-chemnitz@posteo.de)

Post von Lene

Hallo, liebe Linke, links- und umweltfühlende Menschen,

bald geht es los mit neuen Ständen und dem Verteilen von Flugblättern: denn wir wollen, dass Hendrik Lange der neue Oberbürgermeister von Halle wird. Gab es bisher überhaupt schon mal in der BRD, dass die Linke, die SPD und die Grünen einen gemeinsamen OB-Kandidaten für die Wahl in einer Großstadt aufgestellt haben? Na, wir als LAL finden das äußerst cool und werden gründlich darüber nachforschen. Versprochen!

Unser Ostseurlaub in Prerow war toll und hätte ruhig noch eine Woche länger dauern können. Leider hatten meine Eltern nicht so lange arbeitsfrei. Ich hatte zusammen mit Papa und Mama eine tolle Sandburg mit Graben und Mauer aufgebaut - vor dem weiteren Ausbau kamen aber leider die Wellen. In der Ostsee zu schwimmen und rumzutoben ist natürlich viel cooler als in einem Freibad oder Badeteich zu Hause. Da war auf Wellen springen angesagt. Ein bisschen schwermelig war mir schon, als die Wellen über meinem Kopf zusammenschlugen. Naja, passieren konnte weiter nichts - Papa hat schon aufgepasst! Und dann haben wir auch eine Bootsfahrt auf der Ostsee mitgemacht. Da ist uns der Wind ganz schön um die Ohren gerauscht! Einfach toll, sage ich euch! Schade, dass meine beiden Kumpel Anton und Leo nicht mit dabei sein konnten. Dafür werde ich sie mit ein paar schönen Muscheln erfreuen, die ich am Strand gefunden habe. Ihr wisst ja, dass ich mich sehr für das interessiere, was mal war und wie man das heute sieht. Da habe ich tatsächlich was Spannendes gefunden. Also: Als ich noch so eine kleine Babymaus war, habe ich mich natürlich wie alle Kinder sehr für Märchen mit Königen, schönen Prinzessinnen und edlen Prinzen interessiert, die entweder über eine böse Stiefmutter oder eine Hexe oder ein Rumpelstilzchen gesiegt haben. Deshalb habe ich auch sehr schnell lesen lernen wollen und auch gelernt. Ich muss allerdings sagen, dass mich

die russischen Märchen von einer schönen Wassilissa oder Väterchen Frost noch mehr begeistert haben. Naja, das ist sicher Geschmackssache.

Könige und Kaiser gab es ja auch in der Wirklichkeit. Da lese ich zu meiner Verblüffung, dass der Urenkel des letzten deutschen Kaisers namens Wilhelm der Zweite, aus dem preußischen Adelsgeschlecht der Hohenzollern (?) plötzlich auftauchte und verlangt, dass er und seine Familie 1,2 Millionen Euro Entschädigung, Ländereien, Kunstwerke, das Schloss Charlottenburg und ein kostenloses Wohnrecht auf einem Schloss namens Cecilienhof (das wurde mit viel Steuergeld saniert und ausgeschmückt) oder einem Schloss namens Lindstedt erhält. Da habe ich natürlich bei Eltern und Großeltern nachgefragt, wieso und warum oder auch nicht. Und nun schreibe ich mal auf, was ich so erfuh: Nämlich, dass dieser Kaiser Wilhelm vor mehr als hundert Jahren den 1. Weltkrieg, der von 1916-18 dauerte, maßgeblich mit angezettelt hatte, dass er durch revolutionäre Arbeiter und Soldaten entmachteter worden ist, daraufhin mit hochbeladenen Wagen in die Niederlande abgezogen war, wo er weiterhin ein recht prunkvolles Leben geführt haben soll. Übrigens wurde der Adel, so erfuh ich von Oma und Opa, mitsamt seinen Vorrechten (Privilegien genannt) und Titeln nach der Gründung der Weimarer Republik (so hieß das Land nach der Revolution) abgeschafft. Heute, so erfragte ich von meinem Opa, ist ihr einstiger Adelstitel nur noch ein Bestandteil in deren Nachnamen. So nennt sich der Urenkel des einstigen Kaisers folgendermaßen: Georg Friedrich Prinz von Preußen und seine Frau nennt sich eben Prinzessin, obwohl sie eigentlich keine richtige wie im Märchen ist. Ich will nicht, dass diese Ex-Adligen auf unsere Kosten reicher werden!

Ihr sicher auch nicht!

Tschüss



Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
DIE LINKE Saalekreis
Leitergasse 4
06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 / 20 255 90
eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de
Marianne Böttcher (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: monatlich

Eure Lene

Auflage: 600 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
05.09.2019
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 10.10.2019

1. September 2019 – 80. Jahrestag des Überfalls Nazideutschlands auf Polen

„Seit 5:45 Uhr wird zurückgeschossen“ – mit dieser Propagandalüge eröffnete vor 80 Jahren der deutsche Faschismus den Zweiten Weltkrieg. Der Angriff von 57 Wehrmachtsdivisionen auf die zweite polnische Republik am 1. September 1939 war indes lange und gut vorbereitet worden.

Nur wenige Tage, nachdem Reichspräsident Hindenburg Hitler am 30. Januar 1933 mit der Regierungsbildung beauftragt hatte, begannen die Nazis mit der Weltkriegsplanung. Schon auf seinem Treffen mit den Spitzen der Reichswehr am 3. Februar 1933 erläuterte Hitler den Generälen seine innen- und vor allem außenpolitischen Ziele und bekam von diesen, insbesondere für sein unmissverständliches Vorhaben, neuen „Lebensraum im Osten“ zu erobern und diesen „rücksichtslos germanisieren“ zu wollen, volle Unterstützung.

Und so wurde der Überfall auf Polen zum Beginn eines Krieges, der von Nazi-Deutschland im Osten immer auch unter rassistischer Maßgabe geführt wurde. Am Ende standen mehr als 60 Millionen Tote, Millionen Verletzte, Witwen und Waisen sowie riesige Zerstörungen in allen vom Faschismus und japanischen Militarismus beherrschten und okkupierten Ländern. Die systematische Ermordung von Teilen der polnischen Bevölkerung, insbesondere von Jüdinnen und Juden als größte Minderheit, und die Aufstellung von Einsatzgruppen zur Durchführung dieser Verbrechen waren der Auftakt für einen Vernichtungsfeldzug, der sich weiter fortsetzte. Mit 6 Millionen getöteter Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern (20 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner) hatte Polen den höchsten prozentualen Bevölkerungsverlust zu beklagen. Die Ideologie vom „Untermenschen“ nahm im Krieg gegen Polen erstmals umfassende praktische und mörderische Züge an und setzte sich von hier im Ganzen von Deutschland besetzten Ost- und Südosteuropa fort.

„Mehr als anderthalb Jahre lang sah es so aus, als seien die Deutschen unbesiegbar. Die Wehrmacht überannte 1939 Polen, 1940 eroberte sie Dänemark und Norwegen und binnen weniger Wochen Frankreich, 1941 besetzte sie Jugoslawien und Griechenland.

Zum Verhängnis wurde den Deutschen erst der Angriff auf die Sowjetunion, den das Großdeutsche Reich am 22. Juni 1941 ohne Not und ohne Kriegserklärung eröffnete. Erst jetzt begann Hitlers Stern zu sinken. Erst in der Roten Armee traf die Wehrmacht auf einen am Ende überlegenen Gegner. Erst in der Unendlichkeit des sowjetischen Kriegsschauplatzes kam es zur militärischen Wende.“ (Der Historiker Christian Hartmann am 21. Juni 2016 in der ZEIT).

Der am 22. Juni 1941 erfolgte Überfall auf die Sowjetunion war der von den Faschisten immer gewollte Weltanschauungskrieg, mit dem die ideologischen, „rassenpolitischen“ und Herrschaftsziele der Nazis umgesetzt werden sollten. Mit der ideologischen Figur des „jüdischen Bolschewismus“ definierten die Nazis einen Feind, gegen den alle Beschränkungen des Völkerrechts und zivilisatorische Standards fallen sollten. Von Anfang an wurde der Krieg gegen die Sowjetunion als Vernichtungskrieg geplant und geführt, was die systematische Tötung definierter und vorab festgelegter Gruppen – Jüdinnen und Juden, Partisanen, die politischen Kommissare der Roten Armee – und die vorsätzliche „Ausmerzungen“ großer Gruppen der Zivilbevölkerung beinhaltete. Diesem systematischen Vernichtungsfeldzug fielen allein in der Sowjetunion rund 27 Millionen Menschen, 14 Millionen davon Zivilisten, zum Opfer.

Das Massaker von Wola, Orte wie Ciepiałów und Przemysel (Polen), Oradour in Frankreich, Lidice (Tschechien), Distomo (Griechenland), Marzabotto (Italien) und Babi Jar (Sowjetunion/Ukraine) und Leningrad (Sowjetunion/Russland) stehen als Chiffre für die Verbrechen der Wehrmacht, der SS und der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes (SD).

Zur Erinnerung an den 1. September 1939 gehört auch, dass man an folgenden Erkenntnissen nicht vorbeigeht: Dieser Krieg war von deutscher Seite der zweite „Griff nach der Weltmacht“. Er wurde von maßgeblichen Teilen des deutschen Kapitals und Militarismus gefordert, vorbereitet und durchgeführt. Er scheiterte vor allem aufgrund des opferreichen Kampfes der Roten Armee. Mit dem Sieg der Allier-

ten endete jedoch nicht das militärische Großmachtsstreben der revanchistischen Teile der deutschen Gesellschaft. Die historische Konsequenz nach der militärischen Zerschlagung des Faschismus konnte und kann daher nur lauten: „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!“

Dies ist gerade vor dem Hintergrund der Debatte über die Tradition der Bundeswehr, in der nach wie vor Todesrichter der Wehrmacht eine Rolle spielen und die Rolle der Wehrmacht im Rahmen des Vernichtungskrieges, insbesondere gegen die Sowjetunion, immer noch weitgehend ausgeblendet wird, wichtig.

Und natürlich ist uns die Erinnerung an den 1. September 1939 und seine Opfer auch Verpflichtung, dass wir als LINKE weiterhin konsequente Friedenspartei sind. Wir brauchen Abrüstung und eine Politik der Verständigung mit Russland. Als Partei müssen wir noch mehr als bisher gegen das Zwei-Prozent-Aufrüstungsziel der NATO und die Fortführung der Auslandseinsätze der Bundeswehr mobil machen. Wir müssen deutlich machen, dass jede neue Milliarde im Rüstungsetat die Kriegsgefahr erhöht und bei der dringenden Bekämpfung der steigenden Kinder- und Altersarmut fehlt. Wir müssen es immer und immer wieder sagen: Jeder Cent für die Bundeswehr steht nicht für Investitionen in Kitas, Schulen und die Sanierung der maroden Infrastruktur in unseren Städten und Gemeinden zu Verfügung.

Und wir müssen den Kampf gegen ein neues atomares Wettrüsten verstärken. Nachdem am 2.8.2019 der INF-Vertrag zum Verbot von atomaren Mittelstreckenwaffen, den Ronald Reagan und Michail Gorbatschow 1987 unterzeichnet hatten, ausgelaufen ist, rüsten sowohl die USA als auch Russland atomar auf. Es liegt nicht zu letzt an uns, dass sich dagegen auch hierzulande massiver gesellschaftlicher Widerstand formiert. DIE LINKE im Bundestag hat deshalb von der Bundesregierung gefordert, dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten. Denn obwohl sich die Bundesregierung offiziell zu einer Welt ohne Atomwaffen bekennt, hat sie während des gesamten Prozesses der Ausarbeitung des Vertrags keinerlei Anstrengungen unternommen, diesen Prozess zu unterstützen. Sie hat die Vertragsverhandlungen in der UNO boykottiert und in der entscheidenden Abstimmung in der UN-Vollversammlung am 7.7.2017 dem Vertrag ihre Zustimmung verweigert. Gleichzeitig un-

terstützt die Bundesrepublik im Rahmen der atomaren Teilhabe der NATO die Modernisierung der US-Atomwaffen, die noch immer in Deutschland lagern. Damit muss endlich Schluss sein. Die US-Atomwaffen müssen abgezogen werden und Deutschland muss im Kampf gegen Massenvernichtungswaffen und für Abrüstung eine Vorreiterrolle übernehmen. Das ist die einzig vernünftige Lehre aus der Geschichte.

Wer hat Lust mitzumachen?

Unsere Fraktion hat sich, wie ihr wisst, nach den Kommunalwahlen etwas verkleinert. Die Aufgaben werden aber nicht weniger.

Unsere Fraktion hat mich (wieder) als Sprecherin für die Bereiche Soziales, Gesundheit, Jugend und Gleichstellung benannt. Das hat mich motiviert, wieder einen Arbeitskreis ins Leben zu rufen, der sich genau mit diesen Themen beschäftigt.

In der letzten Wahlperiode hat so ein Arbeitskreis nur am Anfang der Wahlperiode gearbeitet. Mit neuen Strukturen innerhalb der Fraktion sind wir andere Wege gegangen.

Aber aus o. g. Gründen möchte ich nun gern mit Interessierten gemeinsam Vereine in unserer Stadt besuchen, um ihre Arbeit kennenzulernen. Ich stelle mir vor, in diesem Arbeitskreis Entscheidungen im Stadtrat vorzubereiten, ggf. auch Workshops zu aktuellen Fragen unserer Zeit (bezogen auf o. g. Themen) zu gestalten. Mal sehen, was uns noch so einfällt?! Auf jeden Fall soll dieses gemeinsame Wirken Spaß machen. Wer Interesse hat, meldet sich einfach bei mir. Ute.haupt@halle.de

Ich freue mich auf euch!

Ute Haupt



DIE LINKE.
Fraktion im Stadtrat Halle (Saale)



Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Monat
September Geburtstag haben.



Aus der Stadtratssitzung am 28. August 2019

Die erste Sitzung des neuen Stadtrates hatte es schon in sich, von 14 Uhr bis 21:48 Uhr wurde beraten. Allein 55 schriftliche Anfragen standen auf der Tagesordnung. (Wir waren nicht dabei, haben aber für die kommende Sitzung mehrere Anträge und Anfragen vorbereitet.)

Für Diskussionen sorgte der Bericht des Oberbürgermeisters. U. a. stellte er bzw. wurde unterstützt durch den Beigeordneten für Finanzen, das Konsolidierungskonzept der Stadt Halle vor. Dieser Bericht wurde dann von den Fraktionen kritisiert, weil die Vorlage zum Haushaltskonsolidierungskonzept erst kurz vor der Sitzung den Stadträten zur Verfügung gestellt wurde und eine Vorbereitung auf das Thema also schier unmöglich war. Was ist der Hintergrund für das Konzept?

Das Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt hat am 18. Januar 2019 die Stadt Halle (Saale) in der Genehmigung des Haushaltes 2019 beauftragt, ein Konsolidierungskonzept zur schrittweisen Rückführung des Höchstbetrages der Liquiditätskredite bis zur Grenze des § 110 Abs. 2 KVGLSA zu erstellen. „Übersetzt“ heißt das, wir müssen ca. 141 Mio Euro einsparen. Der Großteil dieser Liquiditätskredite stammt aus der Zeit der Umstellung der Haushaltsrechnung auf die kommunale Doppik. Es gibt auch zahlreiche andere Städte, die solche und höhere Liquiditätskreditstände haben. Und es gibt Beispiele, die aufzeigen, wie Landesregierungen den Kommunen geholfen haben, von diesen Schulden herunterzukommen. Die Verwaltung führte aus, dass vom Land Sachsen-Anhalt bisher kein Hilfsangebot gekommen ist. Die Stadtverwaltung muss nun einen verbindlichen Rückzahlungsplan erstellen. Mit dem Haushaltsentwurf für das Jahr 2020 muss das Konsolidierungskonzept berücksichtigt werden. Wir werden uns also mit diesem Konzept und auch den Auswirkungen noch intensiv zu beschäftigen haben.

Auch der Tagesordnungspunkt „Grundsatzbeschluss zur Einführung eines Jugendparlaments in Halle“ führte zu heftigen Diskussionen. Eigentlich weniger diese Vorlage, denn sie wurde in die Ausschüsse zur weite-

ren Beratung vertagt. Es ging vielmehr darum, dass der Stadtrat den Vertreter*innen des Kinder- und Jugendrates und des Stadtschülerrates das Rederecht verweigerte. Der OB hatte die Vorlage sofort nach der Einbringung vertagt. Nach Geschäftsordnung gibt es dann keine Möglichkeit mehr, dass Rederecht zu beantragen. Man kann es nur, wenn alle Stadträte Einverständnis zeigen. Das versuchte Katja Müller in ihrer Eigenschaft als Stadtratsvorsitzende. Es gelang aber nicht, weil ein Vertreter der AfD das Rederecht ablehnte... „Wir sind Zeugen eines Trauerspiels geworden, in dem die Geschäftsordnung über den gesunden Menschenverstand gestellt wurde“, bemerkte die Fraktionsvorsitzende der Grünen richtigweise. Noch zur Erklärung: Das Rederecht für diese beiden Vertreter*innen wurde durch uns beantragt, weil beide Gremien nicht in die Vorbereitung dieser neuen Vorlage zur Einführung des Jugendamtes einbezogen wurden!! Nun werden wir auch in den entsprechenden Fachausschüssen weiter darüber debattieren. Der gemeinsame Antrag der Fraktionen MitBÜRGER & DIE PARTEI, DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN zum weiteren Fortbestehen des IMPULS-Festivals für neue Musik wurde in den Fachausschuss verwiesen. Das galt übrigens auch für alle anderen Anträge, die neu auf der Tagesordnung standen.

Ute Haupt

**Die BO Riebeckplatz-Hofjäger
lädt ein zum Treffen
am 11.09.2019 ab 16 Uhr
im Kartoffelhaus,
Willy-Brandt-Straße 64:**

- * Vorbereitung der OB-Wahl im Oktober
- * aktuelle Informationen aus dem LV
- * Erste Einschätzung der Landtagswahl-ergebnisse Brandenburg und Sachsen

Gäste sind herzlich willkommen!

In Berlin und (H)alle dabei – Maria begehrt auf

Achtung, jetzt wird es ungewohnt kirchlich in einer linken Kolumne! Aber ja, auch in der Bibel gibt es Frauengestalten, die emanzipiert handeln. Schon einmal von der ersten Frau Adams gehört? Nein, nicht Eva. Lilith! Sie war ihm gleichgestellt und dadurch so emanzipiert, dass die männlichen Glaubensauslegeres mit der Angst bekamen und Lilith mal eben zur kinderfressenden und männerverführenden Dämonin erklärt haben. Zum Glück gab es ja dann Eva. Obwohl auch sie eine Rebellin war, wenn man ihre „Sünde“ als einen emanzipatorischen Akt des Regelhinterfragens ansieht. Sie konnte ja nichts dafür, dass Adam zu feige gewesen ist, seine Mitschuld einzugestehen. Immerhin hätte er ja den angebotenen Apfel ablehnen können, aber stattdessen schob er die Schuld auf die – ja, was auch sonst – Verführungskunst seiner Frau. Kommt uns irgendwie bekannt vor, was?

Im Alten und Neuen Testament finden sich weitere starke Frauenfiguren, von der Erzmutter Israels (Sara), über Frauen, die ihre Stadt von einer Belagerung befreit (Judit) oder ihre Familie aufgegeben haben, um sich einer neuen anzuschließen (Ruth). Dann gab es da noch Maria Magdalena, die Zeugin der Kreuzigung war und zu den Frauen gehörte, die als erste das leere Grab entdeckt haben. Jesus soll sich zuerst dieser Apostolin und den anderen Jüngerinnen vor Ort offenbart und sie beauftragt haben, die Nachricht seiner Wiederauferstehung den anderen Jüngern zu verkünden. Diese herausragende Position und die Gerüchte, sie könne die Lieblingsjüngerin Jesu gewesen sein – eine Frau! Oh, Göttin, bewahre! – ging natürlich vielen männlichen Glaubensverdrehern gegen den Strich und schwupps wurde sie zur Prostituierten degradiert. Starke und emanzipierte Frauen, die etwas zu sagen oder gar Macht haben? Nein, bitte nicht, dachten sich Kirchenfürsten lange Zeit und erinnerten im Laufe der Geschichte durch diverse Erlasse und Gräueltaten die Frauen an ihre Stellung.

Und nun das. Maria, die liebevolle und jungfräuliche Mutter Gottes, steigt von ihren Altären, bricht ihr Schweigen, erhebt ihre Stimme und wird zur Feministin! Skandal! Da fliegt dem Petersdom glatt die Kuppel fort. Wer geglaubt hat, Katholikinnen können keinen Feminismus, der wird seit diesem Jahr eines Besseren belehrt. Egal, welche Position meine Partei oder ich zur katholischen Kirche auch vertreten, ob gläubig oder nicht, aber das, was seit diesem Jahr von Münster aus passiert, verdient Respekt!

Frauen haben in der katholischen Kirche bisher kaum Mitspracherecht. Sie betreuen die Gemeinden in ehrenamtlicher Arbeit als Lektorinnen, Kirchenöffnerinnen, Kirchendienerinnen, als Mitglieder im Gemeinderat oder als pädagogische Mitarbeiterinnen und Referentinnen. Mehr aber dann eben auch nicht. Dann kommen die Skandale und Verbrechen hinzu, die seitens von Priestern und anderen kirchlichen Amtsträgern verübt wurden und werden, und deren Aufklärung nicht ausreichend vorangetrieben wird, denn wo Männerbünde herrschen, hält man(n) zusammen. Das erschüttert den Glauben.

Frauen einer Gemeinde in Münster haben darum beschlossen, diesen Machtstrukturen und ihren Folgen nicht länger zuzusehen. Also haben sie die Initiative Maria 2.0 ins Leben gerufen. Im Mai erfolgte der erste große und deutschlandweite Frauenstreik von Katholikinnen. Sie protestieren bis heute mit verschiedenen Aktionen gegen den Machtmissbrauch der Kirche, für die Aufklärung der Missbrauchsfälle und eine Reformierung der Weiheämter, die zukünftig auch Frauen offen stehen sollen – und zwar ALLE Ämter, denn wenn, dann ganz. Der Mut und der Kampfgeist dieser Frauen führte zu viel Unterstützung, auch vonseiten geistlicher Würdenträger, aber auch – war ja nicht anders zu erwarten – zu Ablehnung, bei dem sogar Aktivistinnen aus einem Gottesdienst rausgeworfen wurden.

Das zeigt, dass diese Frauen einen wunden Punkt getroffen haben. Die katholische Kirche hinkt der Zeit hinterher. Will sie sich erhalten, so muss sie sich bewegen und ihre verstaubten, frauenfeindlichen und vorsintflutlichen Prinzipien, derer es viele gibt (Stichworte: Abtreibung, Verhütung, Ehe für alle) ablegen. Die alten Kutten müssen weg und neue her! In unserer Gesellschaft ist ein feministischer Wandel im Gange und nun kommt er auch spürbar in der Kirche an. Die Grundfesten werden erschüttert und Veränderungen gefordert. Ob in Kirche oder Staat, der Kampf um gleiche Rechte für alle Menschen wird lauter, bunter und immer wichtiger in einer Zeit, in der reaktionäre Kräfte ihre sogenannten ‚konservativen‘ Werte halten oder zurückfordern wollen. Insofern ist der Kampf jener Frauen für eine neue katholische Kirche, die auf Gleichberechtigung, Solidarität und Mitmenschlichkeit beruhen soll, zu begrüßen und unterstützenswert. Liebe Frauen, lasst nicht locker! Jesus fänd's gut.

Dr. Petra Sitte

Christine Buchholz/Helge Meves

Es erben sich Gesetz' und Rechte, wie eine ew'ge Krankheit fort...

Es erben sich Gesetz' und Rechte
Wie eine ew'ge Krankheit fort;
Sie schleppen von Geschlecht sich zu Geschlechte,
und rücken sacht von Ort zu Ort.
Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage;
Weh Dir, daß Du ein Enkel bist!
Vom Rechte, das mit uns geboren ist,
Von dem ist leider! Nie die Frage.

Goethe, Faust, Studierzimmer, V. 1972f.

Der Verfassungsauftrag zur Ablösung der Staatsleistungen an die Kirchen muss zum 100. Jahrestag der Weimarer Reichsverfassung endlich eingelöst werden.

Die Finanzierung von Kirchen bzw. Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften ist unübersichtlich. Es gibt Einnahmen aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen in Form der Kirchen- oder Kultursteuer, die Kirchen und jüdische Gemeinden erheben. Dazu kommen Mittel zum Erhalt der Bauwerke, zur Unterstützung der Wohlfahrtsverbände oder um Kitas oder Schulen zu betreiben. Auch der Humanistische Verband - wie etwa in Bayern und Berlin - erhält inzwischen Mittel zur Finanzierung von bestimmten Aufgaben.

Nur die beiden großen Kirchen aber erhalten jährlich Staatsleistungen, im letzten Jahr über 500 Mio. Euro. Mit diesen Zahlungen werden Enteignungen von kirchlichem Eigentum im Rahmen der Reformation, nach dem Westfälischen Frieden 1648, durch den Reichsdeputationshauptschluss 1803 ausgeglichen. Die Länder bzw. Fürstentümer hatten sich damals Vermögen und Territorien der Kirchen angeeignet und im Gegenzug die Verantwortung für die finanzielle Ausstattung der Kirchen übernommen.

In der Weimarer Reichsverfassung von 1919 wird der Staat verpflichtet, diese jährlichen Staatsleistungen durch einen Schlussvertrag zu beenden: „Die auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften werden durch die Landesgesetzgebung abgelöst. Die Grundsätze hierfür stellt das Reich auf.“

Aber: in der Weimarer Republik Jahren wurde kein derartiges Gesetz beschlossen. Deshalb wurde die Vereinbarung als weiter bestehender Verfassungs-

auftrag 1949 wortwörtlich ins Grundgesetz übernommen: Der Bundestag wurde dazu aber auch nicht tätig. Auch die DDR zahlte die Staatsleistungen weiter - insgesamt 630 Mill. Mark - und im Verfassungsentwurf des Runden Tisches 1990 gab es kein Wort dazu. In 100 Jahren hat es kein deutsches Parlament geschafft, diesen Verfassungsauftrag einzulösen.

Sicher ist die Wertermittlung der vor hunderten von Jahren enteigneten Ländereien, Kirchen, Klöstergüter; Bibliotheken etc. schwierig und beruhen die Rechtsansprüche teils auf jahrhundertealten Rechtstiteln, was es juristisch kompliziert. Aber dass sich bisher kein Parlament daran gewagt hat, den Verfassungsauftrag einzulösen, ist ein Unding.

Manche argumentieren heute, dass mit den Zahlungen über 100 Jahre bereits genug abgegolten wurde und die Zahlungen einfach eingestellt werden sollten. Diese Position ist allerdings grundgesetzwidrig. Andere argumentieren, dass die Ablösung mit einem vollen Wertausgleich für die Kirchen erfolgen soll, diese Position ist nach jahrhundertelangen Zahlungen, bei gleichzeitigen Sozialkürzungen und angesichts der Tatsache, dass alle Steuerzahler/innen dafür aufkommen müssen, nicht zu vertreten.

Möglich ist, die Ablösung wie eine Sozialisierung von Eigentum im Sinne des Grundgesetzes Artikel 14 (Enteignung) und 15 (Vergesellschaftung) zu behandeln. Dann würde eine Ablösesumme unter „gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Betroffenen“ festgelegt werden: ein politischer Preis, der nicht dem vollen Wertausgleich entspricht.

Die Bundestagsfraktion der LINKEN hat in diesem Sinne bereits 2012 einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit der diese Ablösung der Staatsleistungen erfolgen könnte. 2015 beantragten wir die Einrichtung einer Kommission zur Evaluierung der Höhe der Staatsleistungen. Ziel war die Ablösung mit einer Einmalzahlung in Höhe des zehnfachen der jährlichen Zahlungen. Beide Anträge wurden im Bundestag mit der Mehrheit von CDU, CSU und SPD abgelehnt.

Zum 100. Jahrestag ist etwas mehr Bewegung in die Debatte gekommen. Die beiden Kirchen sind im Grundsatz für eine Ablösung der Staatsleistungen. Grüne und FDP wollen das, bei CDU, CSU und SPD mehrten sich die Stimmen dafür. DIE LINKE macht Druck, damit die Chance, die Staatsleistungen endlich abzulösen, genutzt wird.

Berichte, Analysen, Blick nach vorn

Cuba Sí

**Unsere Landwirtschaftsprojekte gehen ihrem erfolgreichen Abschluss entgegen.
Ein herzliches Dankeschön an alle Spenderinnen und Spender.**

Zum Jahresende 2019 erwarten wir aus Kuba die Abschlussberichte über unsere Landwirtschaftsprojekte in den Provinzen Guantánamo, Sancti Spiritus und Pinar del Río. Diese Berichte werden bestätigt durch das kubanische Ministerium für Landwirtschaft und das Ministerium für Außenhandel und ausländische Investitionen. Seit 1993 hat Cuba Sí dann insgesamt 15 Projekte in der kubanischen Landwirtschaft umgesetzt.

In den vergangenen fünf Jahren arbeiteten unsere kubanischen Partner in den unterstützten Betrieben und unsere Partnerorganisation ACPA gemeinsam mit Cuba Sí daran, die produktive Basis in Landwirtschaft und Viehzucht zu verbessern. Durch Reparatur und Neuanschaffung benötigter Geräte, Ausrüstungen und Fahrzeuge, durch die Einführung neuer Technologien, die Nutzung erneuerbarer Energien, die Diversifizierung der Produktion, das Schließen lokaler Kreisläufe und durch gezielte Weiterbildungen ist eine tragfähige Grundlage gelegt worden, auf der die Betriebe eigenständig und rentabel weiterarbeiten können. Die Arbeits- und Lebensbedingungen der Begünstigten und ihrer Familien sind nicht nur durch Sachspenden und betriebliche Anschaffungen kontinuierlich verbessert worden, mit der erhöhten Produktivität stiegen auch die Einnahmen der Betriebe, was sich positiv in der Lohntüte der Beschäftigten bemerkbar macht.

Für die Menschen in unseren Projektregionen ist es immer wieder emotional berührend, wenn sie von den vielen Spenderinnen und Spendern hören, die sich tausende Kilometer entfernt so sehr für ihr Land engagieren. Sie übermitteln allen Unterstützern von Cuba Sí ihren herzlichsten Dank.

In der Provinz Sancti Spiritus unterstützte Cuba Sí den Zuchtbetrieb Managuaco dabei, den Reproduktionszyklus von Milchkühen und Rindern zu schließen. Die Anbaufläche für Grünfutter wurde erhöht, und die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit der Provinzstelle des Ministeriums für Forschung, Technologie und Umwelt, dem Institut für Futter- und Weidewirtschaft sowie der Agrarfakultät der Universität Sancti Spiritus ermöglichte die Verbesserung der Futter-

qualität und eine stärker präventive Betreuung des Herdenbestandes. Die effektivere Kälberaufzucht und die neue Stierzuchtanlage tragen zur Verjüngung des Herdenbestandes bei. Die Fleischerei im Projekt versorgt die Bevölkerung mit Fleisch und Wurst zu günstigen Preisen. Zudem ist sie eine wichtige Einnahmequelle durch den Verkauf von Fleischerzeugnissen an den Tourismussektor. Dies sichert künftige Investitionen für den Betrieb ab.

In der Provinz Guantánamo sind die Auswirkungen des Klimawandels, u. a. mit langen Trockenzeiten und einem ungewöhnlichen Regenzyklus, bereits spürbar. Kuba reagiert darauf mit einer veränderten Strategie: Die Rinderzucht wird aufgrund ihrer Ressourcenintensität erheblich reduziert und stattdessen die Zucht von Schafen, Ziegen, Schweinen und Kaninchen ausgebaut. Dies betrifft auch unseren Projektteil in Imías. Darüber hinaus lag auch hier das Augenmerk auf einer diversifizierten Produktion von Lebensmitteln, einer Erweiterung der Futter- und Weideflächen und der Reparatur von Stallanlagen. Aufgrund der schwach entwickelten Infrastruktur in beiden Projektteilen bildete die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen einen wichtigen Schwerpunkt, dem Cuba Sí u. a. mit dem Bau und der Instandsetzung von Wohnhäusern für 30 Familien Rechnung trug. Jüngstes Beispiel für erleichtertes Leben und Arbeiten auf dem Land sind die 116 Fahrräder, die Cuba Sí Ende Mai 2019 in einem Container in die Projektregion schickte.

Im Projekt Pinar del Río lag der Schwerpunkt in der Steigerung der Milchproduktion. Dies gelang jedoch in bescheidenerem Umfang als geplant: Überschwemmungen infolge starker Regenfälle verursachten sowohl in der Futterversorgung für die Nutztiere als auch in den Obst- und Gemüseplantagen Ausfälle und beeinträchtigten zudem die Reproduktionsrate der Rinder. Dank umfangreicherer künstlicher Besamung kann dieser Rückschlag kompensiert werden. Länger dauert es, bis die in Mitleidenschaft gezogenen Anbauflächen wieder höhere Erträge bringen.

Flankiert wurden die Cuba Sí-Projekte stets von nationalen Entwicklungsvorhaben (z. B. zur integrierten

Entwicklung der Viehzucht oder für den Ausbau der urbanen Landwirtschaft) sowie Aktionsplänen (z. B. dem Programm „Tarea Vida“, einem Maßnahmenkatalog für verbesserten Umwelt- und Ressourcenschutz und für die Anpassung an den Klimawandel). Diese Verzahnung mit landesweiten Strategien verstärkt einerseits die nachhaltige Wirkung unserer Projekte und unterstreicht andererseits ihre Bedeutung für die prioritären Ziele des Landes.

In der tropischen Landwirtschaft muss mit Rückschlägen aufgrund von Wetterphänomenen und Naturkatastrophen immer gerechnet werden. Innerhalb der Projektlaufzeit zerstörten u. a. die Hurrikans „Matthew“ (2016) und „Irma“ (2017) binnen Stunden die Arbeit von Monaten. Gerade deshalb ist auch weiterhin die Unterstützung und Solidarität der vielen Kubafreundinnen und -freunde nötig, um das Erreichte zu verteidigen, wiederaufzubauen und erfolgreich fortzusetzen.

Unsere gegenwärtigen Projekte neigen sich dem Ende zu. Dies markiert aber gleichzeitig auch einen Neubeginn: Viele Ideen stehen im Raum, um auch künftig Kuba beim Erreichen der Ernährungssicherheit zu unterstützen.

Deshalb wird im Herbst 2019 eine Cuba Sí-Delegation nach Kuba reisen. Mit all unseren Partnern im politischen und im landwirtschaftlichen Bereich wollen wir erörtern, welche Prioritäten wir in unserer künfti-

gen Zusammenarbeit setzen, in welchem Umfang neue Projekte finanziell und zeitlich möglich sind, wie Multiplikatoreffekte genutzt und wie auf erworbene Kenntnisse und Fähigkeiten aufgebaut werden kann. Die Delegation wird sich zudem darüber informieren, ob einige der Inkubator-Projekte der Universität Havana und der Humboldt-Universität in unserer künftigen Projektarbeit Anwendung finden können.

Eine tragende Säule neben der ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Nachhaltigkeit werden auch weiterhin die Diversifizierung der Produktion, die Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen, die Weiterbildung der Beschäftigten und der Einsatz erneuerbarer Energien bleiben. Damit entsprechen unsere Projekte den staatlichen Leitlinien zur Aktualisierung des Wirtschafts- und Sozialmodells und dem nationalen Plan der wirtschaftlich-sozialen Entwicklung bis 2030.

Gerade angesichts der aktuellen Verschärfung der US-Blockade benötigt Kuba auch in Zukunft unsere politische und materielle Solidarität. Insofern ist es uns Verpflichtung, Kuba auch in Zukunft auf seinem eigenständigen und selbstbestimmten Weg nach Kräften zu unterstützen. Dafür benötigen wir Ihre Hilfe! Wir danken Ihnen für Ihr Vertrauen in unsere bisher geleistete Arbeit und freuen uns, wenn Sie auch künftig bei unseren gemeinsamen Vorhaben an unserer Seite sind.

Autor: Miriam Näther

Ohne Abos keine Gegenöffentlichkeit

In letzter Zeit haben alle Mitglieder der Partei 'DIE LINKE' ein dickes Paket in ihrem Briefkasten gefunden. Darin die Mitgliederzeitschrift 'Disput' und ein Exemplar von nd.DieWoche. In einem gemeinsamen Brief bitten Parteivorstand und 'nd', mit Abos die Zukunft beider Publikationen zu unterstützen. Wir befragten dazu Chefredakteur Wolfgang Hübner und Geschäftsführer Matthias Schindler von 'nd'.

Frage: Was hat Euch zu dieser gemeinsamen Aktion veranlasst?

Matthias: Die Geschichte von 'nd' ist eng mit der Partei 'DIE LINKE.' verbunden. In den letzten Jahren hat sich deren Mitgliederstruktur spürbar verändert. Die Linkspartei ist jünger und bunter geworden. Sie verteilt sich über die gesamte Bundesrepublik.

Diese Mitglieder suchen nach Informationen, Analysen und Bewertungen gesellschaftlicher Entwicklungen. Wir waren der Meinung, dass es vor diesem Hintergrund sinnvoll ist, 'nd' als Teil der linken Gegenöffentlichkeit noch einmal vorzustellen.

Frage: Nun haben sich Dynamik und Möglichkeiten der Informationsbeschaffung deutlich verändert. Die gedruckte Zeitung, für die immer höhere Preise bezahlt werden müssen, ist in der Krise. Da packt ihr 32 Seiten gedruckte Worte und Bilder in einen Briefumschlag und hofft auf Resonanz?

Wolfgang: nd.DieWoche haben wir im Oktober 2018 als Reaktion auf das veränderte Leseverhalten herausgebracht. Das Wochenende bietet mehr Zeit für ausführliche Lektüre. Die Resonanz darauf war

positiv. Diese Entwicklung hält bis heute an. Deshalb haben wir die Wochenendausgabe ausgewählt. Außerdem ist nd.DieWoche exemplarisch für die Themenvielfalt und den Journalismus von 'nd' sowie seine Präsentation.

Frage: Trotzdem habt ihr gleich eine Hürde eingebaut. Wer mehr lesen will, muss sich anmelden und auch bezahlen. Warum habt ihr das Ganze nicht kostenfrei gemacht?

Matthias: Ganz einfach, Produktion und Zustellung einer Zeitung – ob gedruckt oder digital - kosten Geld. Da 'nd' sich ausschließlich aus Verkaufserlösen finanziert, hängt seine Existenz eben davon ab, dass es nicht nur gelesen, sondern auch bezahlt wird. Darauf wollen wir von Anfang an aufmerksam machen. Wir haben jedoch für die Mitglieder ein spezielles Angebot entwickelt. 10 Wochen lang erhalten sie nd.DieWoche am Wochenende gedruckt und täglich die 5 wichtigsten Artikel als nd.kompakt digital. So können sie die Vielfalt von 'nd' entdecken und am Ende entscheiden, ob und wie es weitergeht.

Frage: Bedeutet das dann eine Entscheidung für täglich Gedrucktes im Briefkasten?

Matthias: Das wäre eine Variante. Die Mehrzahl unserer langjährigen Leser_innen liest die Zeitung auch noch so. Aber wir reagieren auf veränderte Lesegewohnheiten und die finanziellen Möglichkeiten. Wir wissen auch, dass die gedruckte Zeitung nicht überall früh zugestellt werden kann. Deshalb bauen wir digitale Angebote aus.

Frage: Also eine größere Vielfalt der Bezugsmöglichkeiten?

Wolfgang: Neben nd.DieWoche sonnabends veröffentlichen wir „neues deutschland“ nach wie vor an den Wochentagen. Komplett wird das Paket mit der Wirtschaftszeitung „OXI“ jeden vierten Sonnabend und mit dem digitalen sogenannten Leftstyle-Magazin „supernova“.

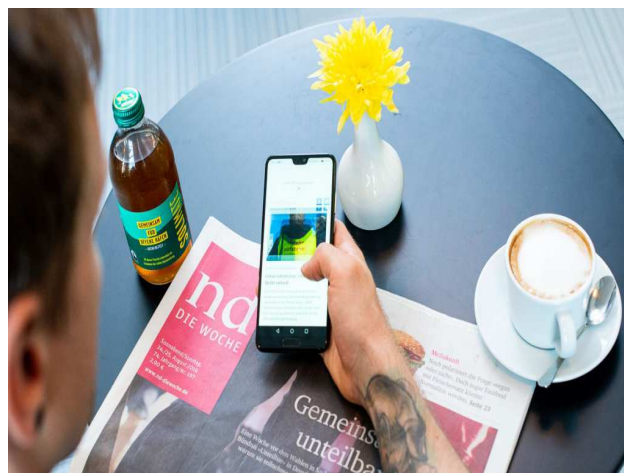
Frage: 'nd' versteht sich als unabhängige Tageszeitung. Wie ist das Verhältnis zur Partei 'DIE LINKE'?

Wolfgang: Ja, wir sind eine unabhängige Redaktion, stehen aber als linkes Blatt der Linkspartei politisch nahe. Das heißt Berichterstattung, Aufgreifen von Themen und Debatten sowie kritische Begleitung. Das ist nicht immer einfach, wenn man sich die Vielfalt der unterschiedlichen Positionen innerhalb der gesellschaftlichen Linken ansieht. Und es ist auch so, dass wir als Zeitung bemüht sind, eine möglichst große Bandbreite aktueller gesellschaftlicher und internationaler Entwicklungen abzubilden, zu informieren, zu analysieren und diese einzuordnen. In diesem Sinn leistet 'nd' seit 1990 einen wichtigen aufklärerischen Beitrag zu einer linken, sozialen, solidarischen Gegenöffentlichkeit.

Matthias: Damit das so bleiben kann, haben wir uns an die Mitglieder der 'DIE LINKE' mit unserem Angebot zum Abonnement gewandt und hoffen, dass es angenommen wird. In diesem Sinn freuen wir uns über Rückmeldungen, ob als Probeabo oder in anderer Form.

Internet und Social Media:
www.neues-deutschland.de/
www.nd-diewoche.de
facebook.com/neuesdeutschland/
facebook.com/nd.Soliaktion/
twitter.com/ndaktuell
twitter.com/ndratgeber

Abos:
dasnd.de/ZehnfuerZehn
dasnd.de/ndWocheProbe
dasnd.de/abo



Neues aus dem BBZ „lebensart“ e.V. - Fachzentrum für geschlechtlich-sexuelle Identität

Treffen zur Auswertung des CSD Halle 2019 und Ideenfindung für 2020

Freitag, 20. September 2019, 17 Uhr, AIDS-Hilfe Halle (Leipziger Straße 32)

Das BBZ „lebensart“ e.V. und die AIDS-Hilfe Halle/Sachsen-Anhalt Süd e.V., die federführend und arbeitsteilig mit anderen Organisationen und Menschen den diesjährigen CSD veranstalten, laden alle Interessierten zu diesem offenen Treffen ein. Es wird vor allem eine Auswertung des CSD 2019 erfolgen.

Zudem werden Ideen für 2020 gesammelt und diskutiert. Also bringt euch mit konstruktiver Kritik, Lob und Vorschlägen aktiv sein - denn nach dem CSD ist vor dem CSD.

Fachaustausch „Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt an Schulen in Sachsen-Anhalt - Gegenwärtiger Stand und Perspektiven“

Donnerstag, 7. November 2019, 14:00 bis 17:00 Uhr, Mit Handicap leben e.V., Merseburger Straße 97, 06112 Halle (Saale)

Seit den 1990er Jahren ist im Schulgesetz Sachsen-Anhalt in §1 Abs. 2 Nr. 6 ein Erziehungs- und Bildungsauftrag verankert und seit 2015 Sachsen-Anhalt ein Runderlass zur schulischen Sexualerziehung in Kraft, welche klare Vorgaben zur Thematisierung geschlechtlich-sexueller Vielfalt machen. Im Jahr 2015 wurde eine Coming-out-Studie zur Lebenssituation von lesbischen, schwulen, bisexuellen und trans* Jugendlichen veröffentlicht, die bedenkliche Befunde auch für den schulischen Bereich lieferte. Die Enttabuisierung, Entpathologisierung und Anerkennung von Inter- und Transgeschlechtlichkeit sowie nicht-binärer Geschlechtsidentität stellen Schulen zudem vor neue Herausforderungen.

Der kompakte Fachaustausch, den das Fachzentrum für geschlechtlich-sexuelle Identität des BBZ „lebensart“ e.V. veranstaltet, soll für Sachsen-Anhalt Rahmenvorgaben bewerten, die schulische Praxis untersuchen und Perspektiven formulieren. Neben Vorträgen von Heiko Hübner (Bildungsministerium Sachsen-Anhalt), Dr. Carolin Vierneisel (Universität Leipzig) und Ants Kiel (BBZ „lebensart“ e.V.) gibt es zwei Podiumsrunden zu schulischer Praxis und Handlungserfordernissen.

Alle Informationen finden sich hier.

Die Veranstaltungsräume sind komplett barrierefrei. Eine Anmeldung (Teilnahme-Kosten: keine) wird bis 01.11.2019 unter folgender E-Mail erbeten: bbz@bbz-lebensart.de

Alexander Naß (Leipzig) neuer Sachverständiger für Vornamens- und Personenstandsänderungen nach dem Transsexuellengesetz (TSG)

In einer Mitteilung an uns schrieb Alexander Naß (Dipl.-Soz.): „Durch meine langjährige Beratungstätigkeit und akademische Arbeit rund um das Thema Trans* bin ich mit den Lebensgeschichten von rund 1000 trans* Menschen vertraut. (...)

Darüber hinaus habe ich im Februar diesen Jahres eine Weiterbildung der Ostdeutschen Psychotherapeutenkammer (OPK) abgeschlossen, die mich auch formal für die Sachverständigentätigkeit in diesem Feld qualifiziert. Seit Anfang Juli bin ich deutschlandweit bei allen Amtsgerichten als Sachverständiger registriert und kann beauftragt werden. (...)

Es ist mir ein wichtiges Anliegen, die vor dem Gesetz notwendige Begutachtung mit fachlicher Kompetenz und Einfühlungsvermögen für die Antragsteller*innen so fair und angenehm wie möglich zu gestalten.“

Alle Informationen und Kontaktmöglichkeiten finden sich unter:

www.alexander-nass.de

Genderleicht.de gibt Tipps für geschlechtergerechte Sprache

Das Projekt des Journalistinnenbundes Gender-leicht.de hat viele nützliche Tipps und Tools für eine geschlechtergerechte (Schrift-)Sprache zusammengetragen, die dazu einladen, diskriminierungsfrei zu schreiben und zu sprechen. Der Verband betont: „Der Journalistinnenbund hat mit seiner langjährigen Erfahrung die Initiative ergriffen und das Projekt Genderleicht gegründet.

Das Ziel: Journalistinnen und Journalisten Impulse und Hilfestellung zu einer gendersensiblen Arbeitsweise im Alltag zu geben. Dabei wollen wir keine Vorschriften machen - sondern „nur“ jeden Tag etwas besser werden.“ Die Homepage bietet weit über die eigentliche Zielgruppe hinaus wertvolle und nützliche Anregungen für eine geschlechtergerechte Sprache.

Link: www.genderleicht.de

(<https://www.genderleicht.de/>)

+ + + Landtagsticker + + +

Ausgewähltes aus der Landtagssitzung vom 28./29./30.08.2019

#Arbeit

Strukturwandel in der Automobil- und Zulieferindustrie

Die technologische Umstellung der Automobilbranche ist unaufhaltsam. Sie ist Folge der industriellen, ökologischen und lebensweltlichen Umbrüche. Mobilität verändert sich und muss neuen sozialen und ökologischen Ansprüchen gerecht werden. Letztendlich geht es um Verkehrsvermeidung und -reduzierung, was mittelfristig tiefgreifender und veränderter Strukturen und einer nachhaltigen Planung bedarf. Deshalb steht die Automobilzulieferindustrie in Sachsen-Anhalt in den nächsten Jahren vor einem großen Strukturwandel. Daher soll die Landesregierung schnellstmöglich in einen Strategiedialog mit den betroffenen Arbeitgeberverbänden, Unternehmen, Gewerkschaften, Umwelt- und Verkehrsverbänden und Kommunen treten und ein Maßnahmenkatalog erarbeitet werden, um die Veränderungen abfedern.

#Gerechte Bezahlung

Grundschullehrkräfte sollen gerechter bezahlt werden

Im Landesbesoldungsgesetz ist geregelt, wie Beschäftigte im öffentlichen Dienst bezahlt werden. Grundschullehrkräfte werden bisher schlechter eingestuft als andere Lehrkräfte, obwohl sie gestiegene niveaugleiche Anforderungen an die Qualifikation erfüllen müssen, um Grundschullehrer zu werden. Deshalb fordert die Fraktion DIE LINKE eine höhere Einstufung der Grundschullehrkräfte in die Besoldungsgruppe A13. Das ist auch zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, denn im Ländervergleich verliert Sachsen-Anhalt bei der Besoldung von Grundschullehrkräften an Attraktivität, wenn die Anhebung zur Besoldungsgruppe A13 ausbleibt.

#Azubis & Mobilität

Rabatz wegen RabAz

Seit Beginn des Ausbildungsjahres gilt eine neue Fahrkostenrichtlinie für Azubis (RabAz). Diese ist ungerecht, weil nur noch Auszubildende des 1. Lehr-

jahres, die eine Berufsschule außerhalb ihres Landkreises besuchen, Unterstützung erhalten. Statt der Einführung eines Azubitickets, wie von der Linksfraktion bereits im Mai 2018 gefordert, hat die Landesregierung nun die Förderbedingungen verschärft und für mehr Benachteiligung gesorgt. Das geht absolut an der Realität vorbei und ist auch nicht mehr vermittelbar, gerade für die Auszubildenden im ländlichen Raum, die ohnehin durch die langen Wege zur Berufsschule gebeutelt sind. Deshalb haben wir mit unserem Antrag vom Bildungsministerium gefordert, die Zuwendungen für alle Auszubildenden auszahl-

#Seniorinnen und Senioren

„Aktiv und selbstbestimmt“-Seniorenpolitisches Programm in Sachsen-Anhalt - eine Bestandsanalyse

Zwei Jahre vor Auslaufen des seniorenpolitischen Programms des Landes Sachsen-Anhalt hat die Fraktion DIE LINKE zum zweiten Mal nach 2013 in einer großen Anfrage mit differenzierten Fragen zu den Maßnahmen und dem aktuellen Ausführungsstand dieses Programms und seiner eventuellen Fortsetzung nach 2020 bei der Landesregierung nachgefragt. In der Aussprache zu den nun vorliegenden Antworten der Landesregierung musste diese jedoch viel Kritik unserer Fraktion einstecken. Nach unserer Auffassung bleibt die Umsetzung von Maßnahmen und Projekten des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Integration für ein aktives und selbstbestimmtes Altern im Land weit hinter den Zielstellungen zurück. Dies ist angesichts der demografischen Entwicklung des Landes fatal und entspricht bei Weitem nicht den Vorgaben des Handlungskonzeptes einer nachhaltigen Bevölkerungspolitik.

Erstellt von Kerstin Eisenreich (MdL), 2. September 2019. Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagssitzung im August 2019 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden: www.dielinke-fraktion-lsa.de.

Auch auf Facebook und Twitter können die Debatten verfolgt werden.

Zehn Jahre Kundus – Bundesregierung rechtfertigt Bombardierung von Zivilisten mit alten Lügen

Pressemitteilung von Christine Buchholz

„Die Bundesregierung rechtfertigt die Bombardierung von Kundus auch zehn Jahre danach immer noch mit den alten Lügen“, erklärt Christine Buchholz, Verteidigungspolitikerin der Fraktion DIE LINKE und von 2009 bis 2011 Mitglied im Kundus-Untersuchungsausschuss, zu den Antworten der Bundesregierung auf sechs Einzelfragen zur Aufarbeitung und den Konsequenzen aus der folgenschweren Bombardierung. Buchholz weiter:

„Die Bundesregierung hat den Einsatz in Afghanistan stets mit der Sorge um die Zivilbevölkerung begründet. Die Antworten auf die Fragen nach dem Umgang mit den Kundus-Opfern verdeutlichen, dass ihr die afghanische Zivilbevölkerung in Wirklichkeit reichlich egal ist.

Sie behauptet, der vom deutschen Oberst Klein befohlene Angriff habe sich gegen ‚legitime Ziele im Sinne des humanitären Völkerrechts‘ gerichtet. Das ist eine Verhöhnung der Opfer und ihrer Angehörigen. Zivilisten sind nie ‚legitime Ziele‘.

Die Bundesregierung behauptet zudem wider besseres Wissen, die Tankfahrzeuge seien angegriffen worden, um zu verhindern, dass sie ‚für einen späteren Angriff missbraucht werden‘. Tatsächlich hatten sich

die angegriffenen Tankfahrzeuge vom Lager der Bundeswehr entfernt, bevor sie im Fluss steckengeblieben waren. Die örtliche Bevölkerung sammelte sich an ihnen, um das enthaltene Kerosin für den individuellen Verbrauch abzupapfen. Anders als die Bundesregierung heute behauptet, stellten die Tankfahrzeuge keine unmittelbare militärische Gefahr dar.

Die Antworten der Bundesregierung bringen ansonsten ein erschreckendes Ausmaß an Gleichgültigkeit gegenüber den Opfern und ihren Angehörigen zum Ausdruck. Sie musste zugeben, dass sie sich nicht darum gekümmert hat, die Zahl der Opfer im Nachhinein zu überprüfen. Über den Zustand der Gräber der Opfer kann sie keine Auskunft geben, obgleich Informationen darüber zugänglich sind. Auf die Frage, ob sie Kontakt zu den Opferfamilien gehalten habe, antwortet die Bundesregierung gar nicht. Sie kann auch keine Aussage darüber treffen, ob Hinterbliebene oder Verletzte des Luftangriffs in Deutschland Recht auf Asyl bekommen.

Die Bundesregierung muss endlich ihrer Verantwortung gerecht werden. Der Angriff von Kundus muss als Kriegsverbrechen behandelt und die Angehörigen der Opfer müssen offiziell entschädigt werden.“

Deutschland zahlt hunderte Millionen für US-Militär Nachricht von Brigitte Freihold

Das Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut (ZANTS) und die Auftragsbautengrundsätze (ABG) zum ZANTS schreiben die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an den Kosten für Baumaßnahmen der NATO-Streitkräfte vor. Die NATO-Streitkräfte tragen die gesamten Baukosten für Baumaßnahmen innerhalb der genutzten Liegenschaften sowie die Planungs- und Verwaltungskosten der Baumaßnahmen anteilig mit ca. 6,55 Prozent der Baukosten. Die übrigen Planungs- und Verwaltungskosten in Höhe von ca. 16 Prozent der Baukosten trägt die Bundesrepublik.

Aktuell sind den ausländischen Streitkräften der NATO in Deutschland insgesamt ca. 593 km² Liegenschaften überlassen. Die Kostenbeteiligung der Bundesrepu-

blik für Baumaßnahmen der NATO-Streitkräfte, vor allem des US-Militärs, belief sich zwischen 2012 und 2018 auf insgesamt 404,2 Millionen Euro. Die Bundesregierung rechnet für 2019 mit 75,7 Mio. Euro und strebt aktuell keine Änderung der ABG über eine vollständige Erstattung des deutschen Kostenanteils bei Baumaßnahmen der in Deutschland stationierten NATO-Streitkräfte an.

Die Bundesrepublik ist zudem an den Kosten der Stationierung der NATO-Streitkräfte in Deutschland beteiligt. Diese Kostenbeteiligung belief sich von 2012 bis 2018 auf insgesamt 356 Mio. Euro. Zu diesen sogenannten Verteidigungsfolgekosten zählen z.B. Kosten für Sozialleistungen für arbeitslose Zivilbeschäftigte, Bewirtschaftung und Unterhaltung der

Grundstücke und Gebäude, Mieten und Pachten, Gerichtskosten, Erstattung von Personal- und Sachausgaben an die Bundesländer, Abgeltung von Schäden bei Ausübung des Dienstes, Verlegung von militärischen Anlagen, Erwerb von Grundstücken, Erschließungsbeiträge und Restwertentschädigungen.
O-Ton Brigitte Freihold

„In den vergangenen sieben Jahren fielen für die Bundesrepublik Kosten von über 760 Mio. Euro für

die Stationierung und Baumaßnahmen der NATO-Streitkräfte in Deutschland an. Angesichts des Investitionsstaus an deutschen Schulen und Krankenhäusern sind hunderte Millionen Euro für US-Schulen und das zukünftige Militärkrankenhaus in Weilerbach völlig inakzeptabel. Deutschland ist eine zentrale Drehscheibe der weltweiten US-Kriegsführung. Deren Subventionierung durch den deutschen Steuerzahler muss endlich beendet werden!“

Schwarz-blaue Machtfantasien der CDU in Sachsen-Anhalt schaden nicht nur der Demokratie, sondern auch der Wirtschaft

In einer aktuellen Presseinformation fordert die Landesarbeitsgemeinschaft der sachsen-anhaltischen IHK „fruchtlose politische Gedankenspiele im Kielwasser der Wahlergebnisse in anderen Bundesländern zu unterlassen“ und zeigt sich besorgt über die Signale aus Teilen der CDU, sich für eine Koalition mit der rechtspopulistischen AfD zu öffnen. Dazu erklären der Fraktionsvorsitzende Thomas Lippmann und der Landesvorsitzende Stefan Gebhardt:

„Wir teilen die Sorgen der sachsen-anhaltischen IHK ausdrücklich. Fremdenfeindlichkeit und Rechtspopulismus dürfen in Sachsen-Anhalt keinen Platz auf der Regierungsbank finden. Dies würde sowohl der wirtschaftlichen Stabilität und unserem Image als Land als auch unserer demokratischen Gesellschaft insge-

samt schwersten Schaden zufügen.

Die erneut aufflammende Debatte über eine Koalition mit den Rechtspopulisten durch entsprechende Forderungen der Harzer CDU zeigt, dass der CDU-Landesvorsitzende Holger Stahlknecht keineswegs dazu in der Lage ist, den schwarz-blauen Machtfantasien seiner Parteikollegen Einhalt zu gebieten. Im Gegenteil: Der Vorstoß des rechten Flügels der sachsen-anhaltischen CDU knüpft nahtlos an die Denkschrift der beiden stellv. Fraktionsvorsitzenden der CDU im Landtag - Ulrich Thomas und Lars-Jörn Zimmer - an und offenbart die Zerrissenheit der CDU. Es stellt sich an dieser Stelle die Frage, ob die CDU angesichts ihres desolaten Zustands überhaupt noch regierungsfähig ist.

Senioren-Café am 25.09.2019 :
Stadtrundgang mit Gen. Hajo Gunkel
zu den Wendeorten im Herbst 1989
Treffen 14:30 Uhr am Linken Laden

Vorschau

Senioren-Café am 30. Oktober

Wider das Vergessen:
Exkursion zur Gedenkstätte KZ-Außenlager
Wansleben
Mit Bus, Treff 14 Uhr am Linken Laden
- Teilnehmerliste im LiLa oder
- Tel. Höpner 0177/522 8707



Der Oberbürgermeisterwahlkampf geht in die heiße Phase Hendrik Lange stellt als gemeinsamer Kandidat von LINKEN, SPD und Grünen sein Wahlprogramm vor

Hendrik Lange, gemeinsamer Kandidat von LINKEN, SPD und Grünen für die Oberbürgermeisterwahl in Halle am 13. Oktober 2019, hat sein Wahlprogramm vorgestellt. Folgende Schwerpunkte setzt er für die zukünftige Entwicklung Halles:

Soziale Entwicklung der Stadt:

"Wo verstärkt Menschen leben, die jeden Tag hart für ihren Lebensunterhalt kämpfen und kaum vom Aufschwung profitieren und Kinder, Familien oder Rentner*innen von Armut bedroht oder betroffen sind - dort müssen Einrichtungen, wie z.B. Kitas und Schulen in bestem Zustand sein!"

Ökologische Stadtentwicklung:

"Als Oberbürgermeister werde ich zusammen mit der Stadtgesellschaft die Verkehrswende gestalten, nicht erst übermorgen, sondern hier wird Halle Vorbild für andere Städte! Vorbild Halle, so werden wir zukünftig unsere Lösungen exportieren!"

Und ich möchte endlich eine Stadt, in der wir gesunde Luft atmen, in der man ohne Angst mit dem Rad unterwegs sein kann und man sich als Fußgänger gerne draußen bewegt."

Transparenzoffensive:

"Wir brauchen mehr Transparenz und Mitbestimmung, um Ängste zu nehmen, BürgerInnen bei Entscheidungen einzubeziehen und einen respektvollen Umgang mit dem Stadtrat zu garantieren."

